



Bundesministerium
für Umwelt, Naturschutz
und Reaktorsicherheit

Umwelt
Bundes
Amt 
Für Mensch und Umwelt

Dieses Projekt wurde durch das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und das Umweltbundesamt mit Mitteln des Beratungshilfeprogramms für den Umweltschutz in den Staaten Mittel- und Osteuropas, des Kaukasus und Zentralasiens gefördert. Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung liegt bei den Autorinnen und Autoren.



UfU Unabhängiges Institut
für Umweltfragen

Abschlussbericht

Projekt

"Dialog - Transparenz und Beteiligung im Umweltschutz in der Republik Moldau "

Projektzeitraum: 15.05.2009 - 31.07.2011

Projektleitung: Franziska Sperfeld / Michael Zschiesche / Alexandra Tryjanowski

Unabhängiges Institut für Umweltfragen e.V. (UfU)

Greifswalder Str. 4

10405 Berlin

Tel.: +49.30 42 84 99 332

Fax: +49.30 42 80 04 85

recht@ufu.de

Inhaltsverzeichnis

- A Einleitung: Umsetzung der Aarhus-Konvention vor dem Hintergrund der aktuellen politischen Situation der Republik Moldau
 - A1 Ausgangssituation und politische Entwicklungen in der Projektzeit
 - A2 Situation der Umsetzung der Aarhus-Konvention in der Republik Moldau
 - A3 Projektziele und Akteure
- B Maßnahmen
 - B1 Kick-Off Meeting
 - B2 Erarbeitung von Gesetzesvorschlägen
 - B3 Studienreise
 - B4 Erarbeitung eines Aktionsplans zur Umsetzung der Aarhus-Konvention in der Republik Moldau
 - B5 Einrichtung eines Aarhus Center in der Republik Moldau
 - B6 Begleitung von zwei Verfahren zur Öffentlichkeitsbeteiligung
 - B7 4. Vertragsstaatenkonferenz zur Aarhus-Konvention in Chişinău, Side Event des Projektes
- C Projektergebnisse
- D Evaluation
- E Anlagen
 - D1 Anlage Poster, DIN A 0, deutsch/russisch
 - D2 Anlage Projektflyer, DIN A 4, Dreifachfaltung, deutsch/russisch
 - D3 Anlage Einladung Side Event, DIN A 4, deutsch/russisch
 - D4 Anlage ppt Andrei Isac
 - D5 Anlage ppt Rodica Iordanov
 - D6 Anlage ppt Ilya Trombitsky

A Einleitung: Umsetzung der Aarhus-Konvention vor dem Hintergrund der aktuellen politischen Situation der Republik Moldau

A1 Ausgangssituation und politische Entwicklungen in der Projektzeit

Der Projektzeitraum, beginnend im Mai 2009 bis Mitte 2011, war geprägt von politischer Stagnation in der Republik Moldau. Nachdem es im April 2009 nach der Parlamentswahl zu gewaltsamen Ausschreitungen kam, wurde im Juli desselben Jahres noch einmal gewählt. Das Mehrheitsverhältnis verschob sich in dieser Zeit stark von der Kommunistischen Partei (PCRM) zugunsten einer proeuropäischen Allianz unter der Beteiligung der Liberalen Partei (PL), der Liberaldemokratischen Partei (PLDM), der Demokratischen Partei (PDM) und der Allianz „Unser Moldau“ (AMN). Jedoch auch dieses breite Bündnis konnte die verfassungsrechtliche Hürde der Präsidentenwahl, bei der eine 2/3 Mehrheit im Parlament notwendig ist, nicht überwinden. Die Allianz bereitete bis September 2010 ein Referendum vor, um die Verfassung hinsichtlich dieser Wahl zu ändern. Das Referendum scheiterte an zu geringer Wahlbeteiligung, da die PCRM zum Boykott aufgerufen hatte, und daran, dass von 2,6 Mio. wahlberechtigten Moldauern rund 600.000 im Ausland leben. Die Wahl im Ausland ist nur in einer Botschaft oder in einem Konsulat möglich, was viele Wahlberechtigte an der Ausübung ihres Wahlrechts hindert. Nach dem gescheiterten Referendum wurden Neuwahlen für Ende November 2010 ausgerufen, die zwar mit einer Mehrheit für die proeuropäische Allianz ausgingen, aber die Hürde der 2/3 Mehrheit für die Präsidentenwahl wiederum nicht überwinden ließen.

A2 Situation der Umsetzung der Aarhus-Konvention in der Republik Moldau

Die Republik Moldau war das erste Land, welches die Aarhus-Konvention 1999 ratifizierte. Die Ratifizierung in der Republik Moldau stand allerdings nicht als Abschluss eines umfassenden Umsetzungsprozesses - als gewissermaßen finaler Akt wie beispielsweise in der Bundesrepublik Deutschland - sondern ist die Überführung des Rechtsrahmens in nationales Recht als Auftakt einer umfassenden Gesetzesanpassung. Die Ratifizierung wurde seinerzeit durch die moldauische Umweltorganisation Biotica mit Unterstützung des UfU durch EU-Mittel im Rahmen des Tacis-Democracy-Programms vorbereitet.

Sanchis-Moreno (2009)¹ hat die Situation der Umsetzung der Aarhus-Konvention in der Republik Moldau wie folgt charakterisiert:

¹ Fe Sanchis Moreno: Assessment of the Implementation of Aarhus Convention in the Republic of Moldova, 2009; Fortschrittsbericht vom 18.08.2009 zum EU-Projekt "Support for the Implementation of Agreements between the Republic of Moldova and the European Union", siehe http://www.google.de/url?sa=t&source=web&cd=1&ved=OCB0QFjAA&url=http%3A%2F%2Fwww.support-md-eu.md%2Fdocs%2Fmr_en_sep.pdf&rct=j&q=Report%20on%20the%20Assessment%20of%20the%20Implementation%20of%20Aarhus%20Convention%20in%20the%20Republic%20of%20Moldova&ei=JYMcTra6C8vIsGbG5ZmABw&usq=AFQjCNFxesGxzzFlkQJwFCtPM5hr89fJbg&cad=rja.

Trotz der frühen Unterzeichnung der Konvention durch die Republik Moldau im August 1999, also bereits vor der ersten Vertragsstaatenkonferenz, habe das Land lange Zeit kaum Schritte unternommen, um die mit der Unterzeichnung verbundenen Rechte für die Bevölkerung im eigenen Rechtssystem und in der Praxis in die Tat umzusetzen. Die Mehrzahl der weiterhin geltenden Gesetze zu umweltrechtlichen Belangen stamme aus der zweiten Hälfte der neunziger Jahre. Die Unterzeichnung der Aarhus-Konvention habe trotz zwischenzeitlicher Projekte von Gesetzesänderungen oder zum Erlass neuer umweltbezogener Gesetze nicht zu einer zielgerichteten Umsetzung der drei Aarhus-Säulen Information/Beteiligung /Gerichtszugang in Umweltangelegenheiten geführt.

Aufmerksamkeit erlangte das Thema unter anderem im Rahmen des Aktionsplans zur Annäherung an die Europäische Union, da die Rechte aus der Aarhus-Konvention auch im europäischen Recht verankert sind, und durch die Anrufung des Compliance Committees der Aarhus-Konvention (ACCC). Diese konventionseigene Instanz ist dafür zuständig, im Fall von Beschwerden zu beurteilen, ob ein Staat die Aarhus-Konvention in einem konkreten Fall verletzt hat (sog. „Non-Compliance“).

Eco-TIRAS, eine kleine moldauische Nichtregierungsorganisation (NRO) im Bereich Umweltschutz (und Projektpartner auf moldauischer Seite im vorliegenden Projekt) hatte im November 2008 eine Mitteilung an das ACCC gerichtet, die folgenden Fall der Verletzung der Vorgaben der Aarhus-Konvention anzeigte: Im Januar 2008 hatte Eco-TIRAS Kopien der Pachtverträge von staatlichen Wäldern für Erholungs- und Jagdzwecke bei der Forstbehörde Moldsilva angefordert. Diese Kopien waren zwei Mal schriftlich verweigert worden. Eco-TIRAS erwirkte daraufhin im Juni 2008 einen Gerichtsbeschluss des Berufungsgerichtes (Curtea de Apel Chişinău), der Moldsilva zur Herausgabe der Kopien aufforderte. Dieser Gerichtsbeschluss wurde aber nur hinsichtlich der Erstattung der Gerichtskosten von Eco-TIRAS vollstreckt, die Kopien wurden weiterhin nicht übersandt. Weitere Schreiben von Eco-TIRAS und ein erneuter Briefwechsel mit dem Gericht wurden ignoriert.

Das ACCC stellte nach Kontakt mit Eco-TIRAS und der Republik Moldau als Vertragsstaat im September 2009 die Nichtbefolgung der Aarhus-Konvention fest und forderte die Republik Moldau zunächst auf, den Gerichtsbeschluss zu vollstrecken und weitere Schritte zu ergreifen, um zu einer konventionskonformen Gesetzgebung zu gelangen. Im Detail schlug das Komitee vor, einen Aktionsplan zur Umsetzung der Aarhus-Konvention zu erstellen und Maßnahmen zur Bekanntmachung der Konvention zu ergreifen.²

Im Rahmen der Vertragsstaatenkonferenz in Riga 2008, bei der die Republik Moldau als nächste Gastgeberin bestimmt wurde, entstand durch die Initiative von UfU und Eco-TIRAS die Idee, eine Arbeitsgruppe aus dem für die Aarhus-Konvention federführend zuständigen Umweltministerium und Umwelt-NROs aufzustellen. Durch die Regierung wurde im Juli 2008 eine solche Arbeitsgruppe zur Umsetzung der Aarhus-Konvention eingerichtet. In dieser

² Zur Entscheidung siehe <http://www.unece.org/hk/env/pp/ccdocuments.html>.

Arbeitsgruppe waren neben einer Mitarbeiterin des Umweltministeriums auch Experten sowie andere Vertreter lokaler NROs aus der Republik Moldau vertreten, im Einzelnen:

- Inga Podgorohin, Umweltministerium der Republik Moldau, Aarhus Convention National Focal Point,
- Andrei Isac, Regional Environmental Centre Moldova/UNDP Moldova Project,
- Pavel Zamfir, Direktor des Ecolex Environmental Public Advocacy Centre, einer moldauischen NRO,
- Vladimir Garaba, Präsident des Chisinäuer Stadtverbands des "Environmental Movement of Moldova",
- Dr. Rodica Iordanov, Rechtsanwältin mit Spezialisierung im Umweltrecht, moldauische NROs EcoContact und Milieukontakt International.

Die Ziele dieser Arbeitsgruppe waren:

- Erarbeitung eines konsensual abzustimmenden Aktionsplans zur Umsetzung der Aarhus-Konvention für alle drei Säulen der Konvention,
- Entwicklung von entsprechenden Gesetzgebungsinitiativen,
- Organisation von Erfahrungsaustausch und Durchführung von Good Practise-Beispielen, in erster Linie mit der Umweltverwaltung der Republik Moldau.

Für das Projekt wurde an diese Arbeitsgruppe angeknüpft.³

Die Feststellung des ACCC zur Konventionswidrigkeit der mangelnden Herausgabe von Unterlagen durch die Forstbehörde Moldosilva (s. o.) führte dazu, dass der im Rahmen des Projektes weitergeführten Arbeitsgruppe zur Umsetzung der Aarhus-Konvention mehr Gewicht gegeben wurde und Vertreter von Staatskanzlei und Justizministerium zu ihren Sitzungen entsandt wurden. Dies führte zu einer teilweisen Neukonstitution der Gruppe.

A3 Projektziele und Akteure

Ziele des Projekts waren

1. die Erarbeitung des abgestimmten Aktionsplans,
 2. die Entwicklung gesetzlicher Instrumente zur Verbesserung der Umsetzung aller drei Säulen der Aarhus-Konvention,
- sowie

³ Im Folgenden meint "Arbeitsgruppe" die im Rahmen des Projekts tätige Arbeitsgruppe.

3. die Verdeutlichung der Notwendigkeit einer partizipativen Herangehensweise im Umweltschutz durch Good Practise-Modelle der Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und NROs.

Am Projekt beteiligte Akteure waren:

von Seiten des UfU:

- Franziska Sperfeld, Projektleiterin am Fachgebiet Umweltrecht und Partizipation
- Michael Zschiesche, Leiter des Fachgebiets Umweltrecht und Partizipation
- Alexandra Tryjanowski, Projektleiterin am Fachgebiet Umweltrecht und Partizipation

Projektpartner in der Republik Moldau:

Ilya Trombitsky, Leiter der moldauischen NRO Eco-TIRAS

Weitere Akteure:

- Inga Podgorohin, Umweltministerium der Republik Moldau, Aarhus Convention National Focal Point,
- Andrei Isac, Regional Environmental Centre Moldova/UNDP Moldova Project,
- Pavel Zamfir, Direktor des Ecolex Environmental Public Advocacy Centre, einer moldauischen NRO,
- Vladimir Garaba, Präsident des Chisinäuer Stadtverbands des "Environmental Movement of Moldova",
- Dr. Rodica Iordanov, Rechtsanwältin mit Spezialisierung im Umweltrecht, moldauische NROs EcoContact und Milieukontakt International.

B Maßnahmen

B1 Kick-Off Meeting

Anfang Juni 2009 fand das vierstündige Auftakttreffen zwischen UfU und der im Juli 2008 gegründeten Arbeitsgruppe zum Projektstart in Chişinău statt.

Für das UfU nahm Michael Zschiesche, für Eco-TIRAS nahmen Ilya Trombitsky sowie Tatiana Siniaeva teil. Die übrigen Teilnehmer waren Inga Podgorohin, Andrei Isac, Pavel Zamfir, Vladimir Garaba sowie Dr. Rodica Iordanov.

Michael Zschiesche und Ilya Trombitzky stellten das Projektkonzept, seine Ziele und die geplanten Maßnahmen vor. Aufbauend auf die grundlegende Diskussion zu erfolgversprechenden Wegen, um die Aarhus-Konvention in der Republik Moldau durch

geeignete Gesetze voranzubringen, wurden Aufgaben und Ziele des Aktionsplanes und die jeweils Verantwortlichen benannt. Nach einer Diskussion wurden entsprechende Vereinbarungen getroffen.

Das Auftakttreffen war von einer konstruktiven Arbeitsatmosphäre und der ausdrücklich erklärten Bereitschaft der Ministeriumsmitarbeiterin zur Zusammenarbeit geprägt. Das Projekt hatte somit einen guten Start und eine brauchbare erste Arbeitsgrundlage.

Wesentliche Beschlüsse des Auftakttreffens waren:

- Anregung, eine interministerielle Arbeitsgruppe zu bilden, um andere Ressorts in die Erarbeitung, u.a. der zweiten Säule der Aarhus-Konvention (Beteiligungsrechte), einzubinden,
- Einbeziehung des Aarhus Aktionsplanes der Ukraine in die ersten Arbeitsschritte als mögliches Vorbild,
- Erarbeitung einer Analyse zum Stand der derzeitigen Umsetzung der drei Aarhus-Säulen in der moldauischen Gesetzgebung durch Pavel Zamfir,
- gemeinsame Entwicklung von Gesetzentwürfen auf Grundlage der Analyse mit Ilya Trombitsky als Verantwortlichem,
- Erarbeitung und Diskussion eines moldauischen Aarhus Aktionsplanes in einem breiteren Kreis mit dem Ziel einer Verabschiedung bis Ende 2009.

B2 Erarbeitung von Gesetzesvorschlägen

Am Beginn der Umsetzung dieser Projektaktivität stand eine Analyse der geltenden moldauischen Gesetze mit Blick auf den Stand der Umsetzung aller drei Säulen der Aarhus-Konvention, die von Pavel Zamfir erarbeitet wurde.

Zudem waren als mögliche gesetzestechnische Varianten, die Aarhus-Konvention in der Republik Moldau umzusetzen, diskutiert worden:

- Verabschiedung eines Gesetzes zu jeder Säule der Aarhus-Konvention (Vorgehen wie in Deutschland),
- Verabschiedung eines Aarhus-Umsetzungsgesetzes, auf dessen Grundlage die Einzelheiten durch Verordnungen geregelt werden können,
- Verabschiedung eines Gesetzes über die Auslegung der Aarhus-Konvention, das eine Vorrangregelung für die internationale Vereinbarung festlegt (wie 2002 in Rumänien umgesetzt).

Die Arbeitsgruppe hat entschieden, dass die erste Variante angesichts der moldauischen Gesetzeslage technisch und strukturell am sinnvollsten sei. Ausschlaggebend war dafür nicht zuletzt, dass sich im bestehenden moldauischen Recht derzeit noch regelmäßig widersprechende Regelungen in unterschiedlichen Gesetzen fänden. Spezifische Gesetze zu

jeder Aarhus-Säule bieten nach Ansicht der Arbeitsgruppe gegen entgegenstehende andere gesetzliche Regelungen (z.B. Umweltinformationsanspruch vs. Geheimhaltungsvorschriften) im Vergleich zu den anderen Varianten die besten Durchsetzungsmöglichkeiten.

Anhand des durch die Analyse des geltenden moldauischen Rechts identifizierten Bedarfs wurden folgende Gesetzesvorschläge erarbeitet:

- **Gesetz über den Zugang zu Umweltinformationen,**
federführend: Ilya Trombitzky;
- **Gesetz über die Öffentlichkeitsbeteiligung,**
federführend: Pavel Zamfir, Dr. Rodica Iordanov.

Die Gesetzesvorschläge wurden in den aufeinanderfolgenden Treffen der Arbeitsgruppe umfassend diskutiert und kommentiert. Die Gesetzentwürfe sind in den im Juni 2011 von der moldauischen Regierung verabschiedeten Aktionsplan übernommen worden, der ihre Weiterentwicklung, Verabschiedung und Umsetzung vorsieht. Für den Gesetzentwurf über den Zugang zu Umweltinformationen haben die Verfasser sogar ein offizielles Dankeschreiben des Umweltministeriums der Republik Moldau erhalten. Wie die Projektbeteiligten den aktuellen Stand der Gesetzesvorschläge beurteilen, ist unter **B6** dargestellt.⁴

Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten

Hinsichtlich der Aarhus-Säule "Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten" zeigte die Analyse, dass in der Republik Moldau kein akuter Handlungsbedarf für wesentliche Änderungen der gesetzlichen Grundlagen besteht. Vielmehr sind die allgemeinen Regelungen, die zum Zugang zu Gerichten bestehen, ausreichend und keine spezialgesetzliche Regelung von umweltrechtlichen Streitfällen nötig. Dieses im Lauf des Projekts von Pavel Zamfir erarbeitete Ergebnis wird gestützt von Sanchis-Moreno (2009)⁵, die die moldauische Gesetzeslage, den Zugang zu Gerichten betreffend, ebenfalls als weitestgehend konventionskonform einschätzt, obwohl seit Unterzeichnung der Konvention keine wesentlichen Gesetzesänderungen in diesem Bereich vorgenommen wurden: So seien die zur Verfügung stehenden Rechtsmittel hinreichend effektiv, auch einstweiliger Rechtsschutz sei vorgesehen. Die Verfassung enthalte eine Garantie für ein faires und gleiches Verfahren. Die Verfahrenskosten hielten sich in Grenzen und auch finanzielle Unterstützung bei Bedürftigkeit sei vorgesehen.

⁴ vgl. auch die dort genannten Anlagen **Anlage ppt Andrei Isac, Anlage ppt Rodica Iordanov und Anlage ppt Ilya Trombitzky**.

⁵ vgl. Fn. 1, Punkt 2.1.4;

B3 Studienreise

Die vom 8. bis 13. November 2010 durchgeführte Studienreise diente dazu, die Umsetzung der Aarhus-Konvention in Deutschland erlebbar zu machen, wesentliche Punkte der Gesetzgebung zur Implementierung der Aarhus-Konvention zu besprechen und Impulse dafür zu geben, aus Good Practice-Beispielen weitere Vorschläge für die Gesetzgebung in der Republik Moldau zu entwickeln.

Dazu wurde ein fünftägiges Besuchsprogramm für drei Vertreter der moldauischen Verwaltung und zwei Vertreter von moldauischen Umweltverbänden konzipiert, das sowohl Stationen zu Rechtssetzungsfragen wie auch zu praktischen Instrumenten der Öffentlichkeitsbeteiligung, wie z.B. der Förderung von Umweltverbänden und Beteiligungsbüros, einschloss. Zu diesem Zweck wurden Fachgespräche geführt

- im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (Referat ZG III 6 Informationsfreiheitsrecht, Umwelthaftungsrecht, bessere Rechtssetzung),
- mit dem Landesbeauftragten für Datenschutz Brandenburg,
- mit Rainer Steenblock (MdB a.D., Umweltminister des Landes Schleswig-Holstein a.D. und stellvertretender Vorsitzender des Deutsch-Moldauischen Forums),
- mit dem Naturschutzbund Sachsen,
- im Umweltbundesamt (Fachgebiet I 1.3 Rechtswissenschaftliche Umweltfragen),
- im Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz Brandenburg zum Landesumweltinformationssystem (LUIS-BB),
- mit dem Landesbüro anerkannter Naturschutzverbände in Potsdam.

Gleichzeitig informierten der teilnehmende Referent des moldauischen Umweltministeriums und Pavel Zamfir als Direktor der moldauischen Umweltorganisation Ecolex bei mehreren Terminen ihrerseits die deutschen Gastgeber über den aktuellen Stand der Implementierung der Aarhus-Konvention in der Republik Moldau.

B4 Erarbeitung eines Aktionsplanes zur Umsetzung der Aarhus-Konvention in der Republik Moldau

Die Entwicklung eines tragfähigen Action Plans gehörte zu den Kernzielen des Projekts, der Abstimmungsprozess zwischen dem Umweltministerium der Republik Moldau und weiteren beteiligten Ministerien (u.a. Justizministerium und Staatskanzlei) dauerte bis zuletzt an. Zunächst war vorgesehen, ein Action Programme mit zugehörigem Action Plan zu erarbeiten, wobei das Action Programme allgemeine Zielbeschreibungen zur Umsetzung der Aarhus-Konvention in der Republik Moldau und der Action Plan nur konkrete Maßnahmen zur Umsetzung umfassen sollte. In der Schlussphase der Entwicklung hatte das moldauische Umweltministerium jedoch beschlossen, nicht bei der Aufteilung in Action Programme mit zugehörigem Action Plan zu

bleiben, sondern nur ein sowohl Zielbeschreibungen wie konkrete Maßnahmen umfassendes Dokument zu erstellen, das wiederum als "Action Plan" bezeichnet werden sollte. Eine andere Arbeitsgruppe der beteiligten NROs (Eco-TIRAS, Environmental Movement of Moldova, EcoContact, Milieukontakt-MD, Ecolex) befasste sich fortlaufend mit dem sich weiter entwickelnden Entwurf und brachte regelmäßig Anmerkungen zu den Entwurfsfassungen in den Prozess ein.

Ein erstes Konzept für einen Action Plan stellte eine Mitarbeiterin des Umweltministeriums bereits während des 2. Treffens der Arbeitsgruppe 2009 in Chişinău vor. Die im September 2009 ergangene Entscheidung des ACCC hinsichtlich der Umsetzung der Konvention in der Republik Moldau schlug dem Land explizit vor, einen Action Plan zur Umsetzung zu erstellen. Auf diese Forderung konnte sich das Projekt in der Folge zusätzlich stützen. Ende 2009 fand ein Treffen zwischen Ilya Trombitsky und dem damals neuen Umweltminister Gheorghe Salaru statt, um ihm konkrete Vorschläge für ein engagiertes Umsetzen der Aarhus-Belange zu machen. Auf dem Arbeitsgruppentreffen im April 2010 konnte eine neue Version des Entwurfs zum Action Plan vorgestellt werden. Im Rahmen eines Workshops im Januar 2011 wurde dann ein konkreter vom Umweltministerium beschlossener Zeitplan für die Fertigstellung des Aarhus Aktionsplanes vorgestellt. Wie sich letztlich zeigte, wurde der damalige Zeitplan nicht eingehalten, dennoch gelang die Verabschiedung trotz der weiterhin ungeklärten politischen Entwicklung des Landes vor der Vertragsstaatenkonferenz im Juni 2011.

Dass die NRO-Arbeitsgruppe kontinuierlich die jeweils aktuellen Entwurfspapiere vorgelegt bekam und jeweils gemeinsam kommentierte, ist nicht zuletzt Ergebnis der Treffen im Rahmen einer Projektreise im Januar 2011 in die Republik Moldau, wo das deutsche Projektteam Gelegenheiten nutzte, um mit den Vertretern des Umweltministeriums den Aktionsplan und die Zusammenarbeit zwischen NRO-Arbeitsgruppe und Umweltministerium zu thematisieren. Aus Sicht von Eco-TIRAS zeigten sich in der Folge bereits gute Ansätze eines neuen Verständnisses von Partizipation, da eine vergleichbare Einbeziehung von NROs bisher kaum Vorbilder hatte und seitdem konsequent weiter verfolgt wurde.

Der Aarhus Aktionsplan für die Republik Moldau wurde am 22. Juni 2011 durch die moldauische Regierung verabschiedet (vgl. Pressemitteilung auf der Website des moldauischen Umweltministeriums, <http://www.mediu.gov.md/md/news/1211/1/4691/>, nur in rumänischer Sprache) und liegt inzwischen auf den Seiten des moldauischen Justizministeriums in rumänischer⁶ und russischer⁷ Sprache zum Abruf bereit. Aus Sicht des Projekts wesentlich ist, dass dieser Schritt tatsächlich erfolgte. Aufgrund der intensiven Vorarbeiten im Rahmen der interministeriellen Arbeitsgruppe bleibt das verabschiedete Dokument gegenüber den vielversprechenden Vorarbeiten nicht zurück.

Der Aktionsplan sieht Meilensteine vor, an denen der Erfolg des Aktionsplanes gemessen werden soll. So wird in den Meilensteinen festgelegt, wie der nationale Gesetzgebungsrahmen systematisch auf die Vereinbarkeit mit der Aarhus-Konvention zu prüfen und gegebenenfalls anzupassen ist (vgl. 1.1. des Annex zum Aktionsplan, mit den Punkten 1.1.1 bis 1.1.8 zu

⁶ <http://lex.justice.md/viewdoc.php?action=view&view=doc&id=339051&lang=1>

⁷ <http://lex.justice.md/viewdoc.php?action=view&view=doc&id=339051&lang=2>

unterschiedlichen Rechtsbereichen). Geregelt wird auch die Schaffung institutioneller Voraussetzungen zur besseren Umsetzung der Aarhus-Konvention (1.2 des Annexes). Besondere Berücksichtigung findet der Zugang zu Umweltinformationen (1.3 und Unterpunkte), zu diesem Punkt werden sowohl institutionelle als auch praktische Umsetzungsschritte auf nationaler wie lokaler Ebene geregelt. Ein Teil des Aktionsplanes widmet sich der Umsetzung des Schadstoffemissionsregisters (1.4), ein weiterer der Frage der Finanzierung der Umsetzung des Aktionsplanes (1.5). Punkt 1.6 beschreibt die Maßnahmen zur Verbesserung des Zugangs der Öffentlichkeit zu Umweltinformationen und Punkt 1.7 geht auf die Maßnahmen zur Verbesserung des Zugangs zu Gerichten im Zusammenhang mit Umweltinformationsrechten und Öffentlichkeitsbeteiligung ein.

Die Vertragsstaaten haben die Entscheidung des ACCC⁸ zur den festgestellten Verletzungen der Aarhus-Konvention (Entscheidung IV/9d) und zu den Fortschritten seit Feststellung der Verletzung gebilligt. Auch der gerade beschlossene Aktionsplan wird dabei gewürdigt, wobei die Republik Moldau gleichzeitig aufgefordert wurde, ihn dem ACCC vorzulegen und jeweils im November jedes Jahres über die Fortschritte bei der Umsetzung des Aktionsplanes zu berichten (ECE/MP.PP/2011/2/Add.1, S. 52 f, Punkt 4⁹).

B 5 Einrichtung eines Aarhus Center in der Republik Moldau

Die Einrichtung eines Aarhus Center hat sich im Projektverlauf als eine mögliche Form der Verstärkung der Arbeit zur Aarhus-Konvention in der Republik Moldau herauskristallisiert. Das moldauische Umweltministerium hat dazu schon einige konzeptionelle Vorarbeiten geleistet und favorisierte zunächst eine Lösung, die eine vom Ministerium unabhängige Struktur vorsah, die keine Konkurrenz zu bestehenden NRO-Aktivitäten darstellen sollte. Aufgaben eines Aarhus-Centers könnten die stete Information und Beratung der Öffentlichkeit über die Rechte gemäß der Konvention sein.

Hinsichtlich der Option, in der Republik Moldau Aarhus Center einzurichten, die die praktische Umsetzung der Informationsrechte und der Bürgerbeteiligung aktiv fördern, kann als Ergebnis festgehalten werden, dass dies im verabschiedeten Aktionsplan verankert wurde¹⁰.

Hinsichtlich der Frage, wie die Finanzierung gewährleistet werden kann, zeichnet sich noch keine Lösung ab. In Ländern, in denen bereits Aarhus Center existieren, werden diese durch die OSZE zur Unterstützung von Demokratieaufbau und Umweltschutz gefördert. Die OSZE hat aber in der Republik Moldau nur ein Mandat für die Vermittlung zwischen der Republik und der abtrünnigen Region Transnistrien und kein Mandat für weitergehende Aktivitäten.

Da das Konzept der Aarhus Center im Aktionsplan enthalten ist, ist auch hier ein wichtiger Punkt, dass die Republik Moldau durch die Beschlüsse der Vertragsstaatenkonferenz gebunden ist, in

⁸ Zur Entscheidung und dem zugrundeliegenden Fall siehe oben A2.

⁹ Einsehbar unter <http://www.unece.org/env/pp/mop4/mop4.doc.html> (Post-Session Documents - Chişinău Declaration and Decisions adopted [...]).

¹⁰ vgl. Punkt 12. (2) und Punkt 20 des Action Plans sowie im Annex 1.2.1, 1.5.1.

entsprechenden Berichten auf Fortschritte bei der Entwicklung der Aarhus Center und die Möglichkeiten und Wege, die das moldauische Umweltministerium einleitete, einzugehen.

B6 Begleitung von zwei Verfahren zur Öffentlichkeitsbeteiligung

Eco-TIRAS hat im Rahmen des Projekts zwei konkrete Verfahren zur Rüge mangelnder Öffentlichkeitsbeteiligung begleitet: Einerseits im Rahmen eines Genehmigungsverfahrens für eine Müllverbrennungsanlage in Chişinău, andererseits beim Verfahren zur Änderung des Jagdgesetzes. Zur Vorbereitung erörterte UfU mit Eco-TIRAS am Beispiel Deutschlands, welche Verfahren prinzipiell geeignet erscheinen. Insbesondere wies UfU darauf hin, dass es lohnenswert wäre, ein Aarhus-relevantes Gesetzgebungsverfahren zu identifizieren.

a) Öffentlichkeitsbeteiligung beim Genehmigungsverfahren für eine Müllverbrennungsanlage in Chişinău

Dieser Fall betrifft Art. 6 der Aarhus-Konvention "Öffentlichkeitsbeteiligung bei konkreten Projekten".

Hintergrund

Der Fall geht zurück auf einen Vertrag zur Planung und Errichtung einer Müllverbrennungsanlage für die Kommune Chişinău, den die Stadt im Jahr 2006 mit einer italienischen Firma abschloss, wobei ein Investitionsvolumen von etwa 300 Millionen Euro vorgesehen wurde. 2010 beschloss der Stadtrat, für die Anlage einen bestimmten Bereich innerhalb des Stadtgebiets von Chişinău mit einer Fläche von etwa 10 ha bereitzustellen.

Die Stadt wurde zu keinem Zeitpunkt tätig, um die Öffentlichkeit in nennenswerter Weise über den Vertrag, die Beschlüsse und Planungen zu informieren oder gar Beteiligungsprozesse zu ermöglichen oder durchzuführen, sondern beschränkte sich darauf, einige Informationen über das Projekt an Journalisten weiterzugeben.

Auf verschiedene per Einschreiben versandte Briefe, in denen Eco-TIRAS den Stadtrat darauf aufmerksam machte, dass im Fall der Müllverbrennungsanlage ein Bürgerbeteiligungsverfahren notwendig sei, wurde Eco-TIRAS mitgeteilt, dass dies bereits durch die Einladung der Medien zu Pressekonferenzen und dadurch realisiert werde, dass ein NRO-Vertreter eine Gruppe von Behördenvertretern auf einer Reise nach Italien begleite, wo diese sich mit der Funktionsweise der Anlage vertraut machten. Eco-TIRAS machte geltend, dass eine solche Vorgehensweise nicht die Anforderungen von Art. 6 der Aarhus-Konvention hinsichtlich der Transparenz und des Umfangs der öffentlichen Beteiligung erfülle.

Von 2010 bis heute hat sich Eco-TIRAS dreimal in Sendungen des unabhängigen Fernsehkanals *Publika.md* zu diesem Fall geäußert, ebenfalls eingeladen war der stellvertretende Bürgermeister Chişinăus Nistor Grozavu. Herr Grozavu argumentierte in den Sendungen jeweils, dass die mangelhafte Durchführung der Bürgerbeteiligung in der

Vergangenheit darauf beruhe, dass die Vorgängerregierung die Verträge im Jahr 2006 in solcher Form abgeschlossen habe und es jetzt gewissermaßen zu spät für eine ordnungsgemäße Bürgerbeteiligung sei. Die jetzt gewählte Beteiligungsform (wie eben beschrieben) sei aus seiner Sicht aber auch ausreichend.

Verlauf des Gerichtsverfahrens

Mit seiner Klage vom 9. September 2010 rügte Eco-TIRAS vor der zuständigen Berufskammer die Verletzung von Art. 6 Abs. 2 und 4 der Aarhus-Konvention durch den Stadtratsbeschluss zur Errichtung einer Müllverbrennungsanlage in dem bezeichneten Teil des Chişinău Stadtgebiets mit der Begründung, dass der Beschluss zu diesem Vorhaben ohne jegliche Öffentlichkeitsbeteiligung gefällt worden war. Damit war es den Bürgern von Chişinău bislang unmöglich, sich über die technische Umsetzung der Anlage und mögliche Gesundheitsgefahren und sonstige Auswirkungen auf die Umwelt zu informieren, obwohl es sich um ein Vorhaben gemäß Anhang I (4) der Aarhus-Konvention handelt. Ziel war es, eine Öffentlichkeitsbeteiligung zu erstreiten, die den Regeln der Aarhus-Konvention entspricht. Da die Republik Moldau den Aarhus-Vertrag zu diesem Zeitpunkt bereits ratifiziert hatte, stützte Eco-TIRAS die Klage auch direkt auf Art. 6 Abs. 2 und 4 der Aarhus-Konvention.

Eco-TIRAS machte insbesondere geltend, dass der Stadtrat folgende Prinzipien von Art. 6 der Aarhus-Konvention verletzt hat:

- bei Vorhaben, die potentiell erhebliche Umweltauswirkungen haben, eine frühe Bürgerbeteiligung durchzuführen,
- die vom Vorhaben betroffenen Bürger über das Vorhaben zu informieren und alle relevanten Informationen bereitzustellen,
- einen realistischen Zeitplan für verschiedene Beteiligungsformen vorzusehen,
- der Öffentlichkeit die Möglichkeit zu geben, sich zum Vorhaben zu äußern,
- die Öffentlichkeit über getroffene Beschlüsse und deren Begründung zu informieren.

Bis September 2011 fanden sechs Verhandlungstage statt, bei denen Eco-TIRAS durch Pavel Zamfir vertreten wurde, der Stadtrat durch einen Behördenvertreter. Bereits in der ersten Verhandlung verlangte das Gericht, dass ein Vertreter des Investors beigeladen werden solle, was der Stadtrat ablehnte, wobei er sich auch weigerte, den Investor zu informieren oder die Kontaktdaten der Firma herauszugeben.

Das Gericht nahm dies mehrfach zum Anlass, den Prozess bis zur erfolgreichen Beiladung zu unterbrechen. Eco-TIRAS versuchte zwischen Oktober 2010 und Mai 2011 fünfmal durch öffentliche Ankündigung, den Investor dazu zu bewegen, der Beiladung Folge zu leisten. Als Eco-TIRAS im Juni 2011 die Adresse des Investors in Italien schließlich selbst herausfand, informierte die Organisation den Investor per Einschreiben über den Prozess in der Republik Moldau und legte ihm nahe, einen Vertreter zu stellen. Eco-TIRAS erhielt als Antwort, dass

die Firma derzeit keinen Vertreter in der Republik Moldau habe, aber Ende 2011 Mitarbeiter vor Ort einstellen wolle. Letztlich entschied das Gericht jedoch, den Beschluss des Stadtrats aufzuheben, unter anderem unter Verweis auf die Aarhus-Konvention. Der Stadtrat hat die Gerichtsentscheidung nicht angefochten und sie ist in der Zwischenzeit rechtskräftig geworden.

Aus Sicht von UfU war folgerichtig, die unterbliebene Beteiligung über den Rechtsweg öffentlich machen, nachdem andere, weniger konfrontative Bemühungen durchweg erfolglos blieben.

b) Öffentlichkeitsbeteiligung beim Verfahren zur Änderung des Jagdgesetzes

Dieser Fall gehört in den Bereich Gesetzgebungsverfahren mit Umweltbezug im Sinne von Art. 8 der Aarhus-Konvention.

Hintergrund

Reguliert wird die Jagd in der Republik Moldau allgemein durch das erste Zusatzprotokoll zum Gesetz über die Tierwelt. Dieses sieht vor, dass für die Umsetzung die Staatliche Forstbehörde als Hauptakteur zuständig ist, die sich mit dem Umweltministerium und der Akademie der Wissenschaften ins Benehmen zu setzen hat.

1995 wurden in dem Zusatzprotokoll mit Zustimmung des Parlaments für alle der Jagd unterliegenden Tierarten bestimmte Jagdzeiten festgelegt.

2009 brachte die Regierung auf Initiative der Staatlichen Forstbehörde einen Änderungsvorschlag ein, der vorsah, dass die Jagd auf Füchse (*Vulpes vulpes*) ganzjährig erlaubt sein solle. Dies wurde damit begründet, dass sich die Spezies stark vermehrt habe und eine Bedrohung für bestimmte Vogelarten und eine Tollwutgefahr darstelle.

Eco-TIRAS wandte sich gegen diesen Entwurf mit Bedenken zur Notwendigkeit dieser Änderung.

Diskussion im Parlament

Aus Sicht von Eco-TIRAS wurde jegliche Kritik am Gesetzentwurf durch das Umweltministerium ignoriert. Im zuständigen Parlamentsausschuss wurden die Kommentare der NRO in deren Abwesenheit abgehandelt.

Dieses Vorgehen stand im Widerspruch zum Gesetz über die Transparenz von Entscheidungsprozessen von 2008, welches Kapitel über die Einbeziehung von NROs in Entscheidungsprozesse enthält und auch regelt, wann ein Parlamentsausschuss einen Expertenausschuss unter Einbeziehung von Freiwilligen aus NROs bilden muss. Dort ist u.a. geregelt, dass der zuständige Ausschuss die Verfasser von Kommentaren zu Gesetzgebungsverfahren zu den entsprechenden Sitzungen einladen muss. Aus Sicht von Eco-TIRAS unterblieb dies deshalb, weil der Vorsitz des zuständigen Parlamentsausschusses zwischen 2009 und 2011 bei der Opposition lag, die das Transparenzgesetz regelmäßig ignoriert.

Schließlich wurde die Gesetzesänderung im November 2010 vom Parlament beschlossen.

Hier liegt ein Verstoß gegen nationales Recht vor. Die Aarhus-Konvention regelt die Öffentlichkeitsbeteiligung nicht in solcher Detailliertheit, aber die nationale Regelung dient auch der Umsetzung von Art. 8 der Aarhus-Konvention (Öffentlichkeitsbeteiligung während der Vorbereitung rechtsverbindlicher normativer Instrumente).

Weiteres Vorgehen von Eco-TIRAS

Als mögliche Handlungsoptionen zieht Eco-TIRAS aufgrund der Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit dem Umweltministerium in Betracht:

- die Initiierung eines NRO-Rates, der in Zusammenarbeit mit dem Umweltministerium die Einhaltung des Transparenzgesetzes auf der Ebene des Umweltministeriums überwacht,
- eine medienwirksame Kampagne, die die Verletzung der nationalen Bestimmungen durch den Umweltausschuss des Parlaments thematisiert,
- oder eine Kampagne, die die Qualität und Legitimität der ohne die gesetzlich vorgeschriebene Öffentlichkeitsbeteiligung zustande gekommenen Gesetzesänderung zum Thema hat.

Schlussfolgerungen

Eco-TIRAS zieht aus dem bisherigen Verlauf der beiden geschilderten Verfahren folgende Schlüsse:

- Der Umsetzungsprozess der Aarhus-Konvention ist bezogen auf Artikel 8, Gesetzgebungsverfahren mit Umweltbezug, noch recht fragil.
- Ein staatliches Programm im Sinne eines Förderfonds des moldauischen Umweltministeriums, das sich speziell der praktischen Umsetzung der Öffentlichkeitsbeteiligung im Sinne von Art. 6, 7 und 8 der Aarhus-Konvention widmet, wäre sinnvoll.

Aus Sicht des UfU könnte darüber hinaus die Schaffung einer unabhängigen Beschwerdeinstanz (z.B. in Form eines Ombudsmanns) nützlich sein.

B7 4. Vertragsstaatenkonferenz zur Aarhus-Konvention in Chişinău, Side Event des Projektes

Die 4. Konferenz der Vertragsstaaten der Aarhus-Konvention (4th Meeting of the Parties – „MOP 4“) fand vom 29. Juni bis 1. Juli 2011 im Palast der Republik Moldau in Chişinău statt. Wesentliche Vorarbeiten zur eigentlichen Konferenz fanden bereits während der für den 27. und 28. Juni 2011 angesetzten Sitzungen der sog. "Working Group of the Parties" und der Vortreffen des ACCC statt.



Im Vorfeld der Konferenz und während der meisten offiziellen Pausenzeiten führte European Ecoforum, ein Zusammenschluss von NROs im Umweltbereich, die zur Aarhus-Konvention arbeiten, zur Koordination der aktuell teilnehmenden Organisationen mehrere Treffen durch. Ziel war, den teilnehmenden NROs die Gelegenheit zu geben, ihre Einschätzungen zur aktuellen Umsetzung der Aarhus-Konvention in den jeweiligen Ländern zu präsentieren und die der anderen zu hören, gemeinsame Positionen für sog. Interventionen¹¹ während der Konferenz zu erarbeiten und Anstoß zur weiteren Vernetzung zu geben. Im Rahmen dieser Treffen zeigte sich, dass die mittel- und osteuropäischen NROs zahlreich vertreten waren und sich stark in den Koordinierungsprozess wie auch in die Vorbereitung zu Interventionen einbrachten. Auch zahlreiche moldauische NROs waren vertreten, nicht zuletzt aus Transnistrien.

Um das Projekt während der gesamten Vertragsstaatenkonferenz öffentlich sichtbar zu machen, haben wir gemeinsam mit Eco-TIRAS eine eigene Ausstellungsfläche im Foyer des Konferenzgebäudes beantragt und dort vom 27. Juni bis zum Ende der Konferenz am 1. Juli das Projekt mit großformatigen Postern und Projektflyern zum Mitnehmen vorgestellt. Gleichzeitig wurde auch ein Einladungsflyer für das Side Event zum Projekt bereitgestellt. Die Materialien waren jeweils in englisch- und russischsprachiger Version erstellt und wurden stark nachgefragt. In den Veranstaltungspausen, in denen die Besucher der Konferenz Gelegenheit hatten, die Ausstellungsfläche zu besuchen, waren sowohl UfU als auch Eco-TIRAS persönlich am Stand vertreten. Die meisten Gespräche ergaben sich am ersten Tag der Konferenz, an dem über zehn Personen das Gespräch suchten.



Peter Hart, BMU (re.),
im Gespräch mit Ilya Trombitsky

¹¹ Im Rahmen der Vertragsstaatenkonferenz bestand für Gruppierungen von NROs die Möglichkeit, sich zu den in den öffentlichen Sitzungen jeweils behandelten Punkten zu Wort zu melden und Statements vorzutragen.

- **D1 *Anlage Poster, DIN A 0, deutsch/russisch***
- **D2 *Anlage Projektflyer, DIN A 4, Dreifachfaltung, deutsch/russisch***

Side Event des Projektes

Tagesordnung des Side Events

Dialog - Transparenz und Beteiligung im Umweltschutz in der Republik Moldau

Donnerstag, 30. Juni 2011, 13.00 – 14.45 Uhr

Saal K, Palast der Republik, Chişinău, Republik Moldau

Begrüßung:

*Rodion Bajureanu, Stellvertretender Umweltminister,
Umweltministerium der Republik Moldau*

1. Die Aarhus-Konvention in der Republik Moldau: Ausgangslage, Fortschritte und Herausforderungen

- Michael Zschiesche, Unabhängiges Institut für Umweltfragen (UfU)*
- Ilya Trombitsky, Eco-TIRAS*
- Rodica Iordanov, EcoContact*

2. Projektüberblick:

Alexandra Tryjanowski, Unabhängiges Institut für Umweltfragen (UfU)

3. Projektergebnisse:

- Andrei Isac, National Action Plan for Implementation of the Aarhus Convention in the Republic of Moldova*
- Rodica Iordanov, Coverage of Aarhus Convention issues in the new draft of Environmental Protection Law and new EIA draft*
- Ilya Trombitski, Access to Environmental Information – new law draft*

Am Donnerstag, den 30. Juni, fand von 13 bis 14:45 Uhr das Side Event unseres Projektes statt. Obwohl die Veranstaltung in den Raum K, einen zwar großzügigen und repräsentativen, aber auch schwer erreichbaren Raum verlegt worden war und anders als beantragt noch 2 weitere Side Events zeitgleich stattfanden, nahmen 30 Konferenzteilnehmer am Side Event des Projekts teil - aus dem Bundesumweltministerium die Leiterin der deutschen Aarhus-Delegation, Frau Anke Brummer-Kohler, sowie Frau Dr. Much. Die Einladungen via E-Mail an alle Konferenzteilnehmer, die in der Projektausstellung ausliegenden Einladungen und die persönlich verteilten Einladungen haben somit ihr Ziel erreicht.

- **D3 *Anlage Einladung Side Event, DIN A 4, deutsch/russisch***

Um für eine gute Verständigung über die Sprachgrenzen hinweg zu sorgen, wurden zwei Simultanübersetzerinnen (Englisch-Russisch/Russisch-Englisch) und eine professionelle Ausstattung



(abgetrennte Übersetzerkabine, Mikrofone, Mehrkanal-Funk-Hörgeräte) eingesetzt. Leider waren die Übersetzerinnen jedenfalls bei der Übersetzung vom Russischen ins Englische nicht immer dem Tempo der Sprechenden gewachsen, so dass für die nicht-russischsprachigen Zuhörer nicht alle Inhalte gut verständlich übersetzt wurden. Im Wesentlichen gelang dies jedoch, wie auch die Übersetzung Englisch-Russisch.



Rodion Bajureanu, stellvertretender Umweltminister der Republik Moldau, eröffnete die Veranstaltung und stellte in seinem Grußwort besonders heraus, dass aus seiner Sicht durch die gemeinsame Arbeit der interministeriellen Arbeitsgruppe mit den moldauischen NROs eine fundamental neue Ebene der Beteiligung der Zivilgesellschaft betreten wurde, was für die Republik Moldau, aber auch für die meisten anderen Staaten Mittel- und Osteuropas neu, noch ungewohnt, aber wegweisend sei. Er hoffe, dass es sich schnell herumspreche, dass eine solche Zusammenarbeit nicht nur unumgänglich, sondern auch sehr fruchtbar sei, und hob hervor, dass sich mit dem Projekt gezeigt habe, dass die Expertise der Beteiligten aus NROs zur Aarhus-Konvention und zu Partizipation nicht nur ausgesprochen hoch sei, sondern die der Beteiligten aus den Ministerien bisweilen auch deutlich übersteige, was nicht zuletzt daran liege, dass die NRO-Beteiligten oft eine starke Spezialisierung und jahrelange Erfahrung zur Aarhus-Konvention und zu verwandten Themen mitbrächten, die Ministeriumsmitarbeiter aber recht häufig wechselten, wodurch dann zwangsläufig Erfahrung fehle. Er erklärte seine Bewunderung für die Ausdauer und Hartnäckigkeit der Projektbeteiligten angesichts der wechselhaften politischen Lage in der Republik Moldau in den vergangenen drei Jahren und seine Freude darüber, dass die Republik Moldau den Aarhus Action Plan nun endlich verabschiedet habe. Er hoffe, dass dieses Beispiel der thematischen Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Ministerien und der Einbeziehung von NROs nicht nur im

konkreten Fall Früchte trage und in eine gute praktische Umsetzung der Aarhus-Konvention in der Republik Moldau münde, sondern auch in anderen Bereichen Schule mache.

Michael Zschiesche (UfU) schloss sich dem an und merkte noch einmal an, dass die instabile innenpolitische Entwicklung die Projektdurchführung in der Tat nicht erleichtert habe. Darüber hinaus führte er aus, dass Bürgerbeteiligung ein Gradmesser dafür sei, ob die Republik Moldau sich auf dem Weg zu einer Demokratie befinde. Er dankte allen Beteiligten, insbesondere Ilya Trombitsky und Tatjana Siniaeva für die ausdauernde Zusammenarbeit.

Ilya Trombitsky (Eco-TIRAS) skizzierte die Ausgangslage des Projekts, und wies insbesondere darauf hin, dass die Republik Moldau die Aarhus-Konvention zwar früh unterzeichnet habe, sich dann aber jahrelang kaum damit beschäftigt habe, das Recht auf Umweltinformation oder auf Beteiligung auch tatsächlich zu ermöglichen. Er machte deutlich, dass er für die Zukunft schnelleres Handeln erwarte, und wies darauf hin, dass die Projektergebnisse, die Entwürfe zum Aarhus Action Plan, die sich im Wesentlichen in der gerade verabschiedeten Fassung wiederfänden, bereits seit einiger Zeit vorgelegen hätten, die Verabschiedung aber enorm viel Zeit gebraucht habe. Er wünsche sich stärkeren politischen Willen, Begonnenes zügig weiterzubringen. Ironisch merkte er an, es müsse nicht jedes Mal bis kurz vor eine Vertragsstaatenkonferenz gewartet werden, bis eigene Gesetzesvorhaben oder andere Vorgaben, z.B. des ACCC, umgesetzt würden.

Dr. Rodica Iordanov (Rechtsanwältin mit Spezialisierung im Umweltrecht, NROs EcoContact und Milieukontakt International) schloss sich der Einschätzung von Ilya Trombitsky ausdrücklich an und bemerkte, dass sie auch inhaltlich noch weiteren Spielraum für eine bessere Umsetzung der Aarhus-Konvention in der Republik Moldau sehe, und kündigte an, darauf im dritten Teil einzugehen (siehe unten).

Alexandra Tryjanowski (UfU) gab im zweiten Teil des Side Events einen kurzen Überblick über die Projektzeit und die wesentlichen Projektbestandteile. Sie ging dabei insbesondere auf den Zeitrahmen, die weiteren Projektbeteiligten, das Kick-Off-Meeting, die Bildung der Arbeitsgruppe, die Treffen der Arbeitsgruppe sowie die Studienreise ein und wies auf die Förderung durch BMU und UBA im Rahmen des Beratungshilfeprogramms hin.

Der dritte Teil begann mit einem Beitrag von **Andrei Isac (Regional Environmental Centre Moldova/UNDP Moldova Project)**, der den gerade beschlossenen Aarhus Action Plan der Republik Moldau vorstellte.

Er beschrieb, wie der im Rahmen des Projekts erarbeitete Entwurf bereits im Juni 2010 als Grundlage für den jetzt offiziell veröffentlichten Action Plan zur öffentlichen Diskussion gestellt wurde und anschließend an die Ministerien und im Frühjahr 2011 an die Regierung zur Bestätigung ging, was mit der Annahme am 22. Juni und der Bekanntmachung am 28. Juni seinen Schlusspunkt fand. Andrei Isac erläuterte den Anwendungsbereich des Action Plans, seine wesentlichen Zielsetzungen und die festgelegten Meilensteine, an denen der Erfolg des Action Plans gemessen werden soll.

Andrei Isac stellte heraus, dass sich die Priorisierungen, Zielsetzung und die Umsetzungsschritte, die im Rahmen der durch das Projekt begleiteten interministeriellen Arbeitsgruppe bereits 2008-2009 erarbeitet worden waren, allesamt im jetzt verabschiedeten Dokument wiederfinden.

Aus Sicht des UfU ist der verabschiedete Action Plan ein gutes Ergebnis, wenn auch in einzelnen Punkten, z.B. bei der Konzeption der Aarhus Center, möglicherweise andere Lösungen vorzugswürdig gewesen wären. Hier hat sich die moldauische Regierung für eng an das Umweltministerium angebundene Center entschieden, was den Vorteil haben dürfte, dass dort erarbeitete Ergebnisse im Umweltministerium wahrgenommen werden, möglicherweise stärker, als es der Fall wäre, wenn eine Organisationsform, die durch unabhängige NROs geleitet wird, gewählt worden wäre. Umgekehrt hätte für eine NRO-basierte Lösung für die Aarhus Center die größere Unabhängigkeit gesprochen. Abgesehen davon sieht UfU die Verabschiedung des Action Plan als einen wichtigen Schritt, dem nun aber die Umsetzung folgen muss. Hier sind Prognosen schwierig und eine Beobachtung durch alle Aarhus-Akteure (staatliche Akteure in der Republik Moldau, NROs sowie das ACCC und die kommende Vertragsstaatenkonferenz) wichtig.

- **D4 *Anlage ppt Andrei Isac***

Dr. Rodica Iordanov (Rechtsanwältin mit Spezialisierung im Umweltrecht, NROs EcoContact und Milieukontakt International) vertiefte hinsichtlich der aktuellen Gesetzgebungsverfahren, die auch Teil des Action Plans sind, die Ausführungen von Andrei Isac bezogen auf den Gesetzentwurf zum Umweltschutzgesetz und zum Entwurf für ein Gesetz zur Umweltverträglichkeitsprüfung. Ausgehend vom derzeit noch gültigen Stand, nach dem die Vorgaben der Aarhus-Konvention nur ansatzweise in verschiedenen Gesetzen aufgegriffen werden, erläuterte sie vertiefend die vorgesehenen Änderungen bezogen auf den Zugang zu Umweltinformationen, zur Bürgerbeteiligung in Umweltangelegenheiten und zum Zugang zu Gerichten.

- **D5 *Anlage ppt Rodica Iordanov***

Ilya Trombitsky ging in seinem Beitrag genauer auf den Gesetzentwurf zum Recht auf Zugang zu Umweltinformationen ein und zeigte, dass das derzeit schon bestehende allgemeine Gesetz zum Zugang für Bürger zu Informationen weder der Aarhus-Konvention noch der entsprechenden EU-Richtlinie¹² entspricht. Er erläuterte zum aktuellen Stand des Entwurfs insbesondere die Punkte "Kosten des Informationszugangs" und den Punkt "Effektivität des Zugangs zu Information", wobei er insbesondere auf Vorgaben zur Online-Bereitstellung Wert legte. Er illustrierte den Bedarf an dem Beispiel der verweigerten Auskünfte im Fall der staatlichen Forstagentur Moldsilva, der Grundlage der erfolgreichen Beschwerde von Eco-TIRAS beim ACCC war.

- **D6 *Anlage ppt Ilya Trombitsky***

In der abschließenden Diskussion berichteten Vertreter aus anderen Staaten über die Situation in ihren Ländern. Insbesondere auf die Kritik Ilya Trombitskys, dass die Verabschiedung des Action Plans bis kurz vor der Konferenz habe auf sich warten lassen, reagierten viele Teilnehmer zustimmend und kopfschüttelnd.

¹² Richtlinie 2003/4/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über den Zugang der Öffentlichkeit zu Umweltinformationen, ABl. EU Nr. L 41 vom 14.02.2003, s. 26ff., <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2003:041:0026:0032:DE:PDF>.

C Projektergebnisse

In der Darstellung der Maßnahmen und Aktivitäten unter B1 bis B7 wurde ausführlich dargelegt, wie sich die Verläufe der einzelnen Projektschritte gestalteten. Hierbei wurden auch bereits die Ergebnisse der Maßnahmen genannt. Daher dient die folgende Darstellung der schematischen Gegenüberstellung von erwarteten und erreichten Projektergebnissen:

Aktivität/Maßnahme	Erwartete Ergebnisse	Erreichte Ergebnisse
Aktionsplan	Erstellung eines detaillierten Aktionsplanes zur Umsetzung der Aarhus-Konvention in der Republik Moldau mit konkreten Umsetzungsnotwendigkeiten und Verantwortlichkeiten	Der Aktionsplan mit konkreten und überprüfbaren Meilensteinen zur Umsetzung der Aarhus-Konvention in der Republik Moldau wurde am 22. Juni 2011 durch die moldauische Regierung verabschiedet.
Gesetzesnovellen	Erarbeitung von Gesetzesnovellen zur Ergänzung bestehender Gesetze bzw. die Vorbereitung gänzlich neuer Vorschriften im Bereich der Aarhus-Konvention in der Republik Moldau	Zu zwei Säulen der Aarhus-Konvention wurden Gesetzesvorschläge erarbeitet und mit dem Umweltministerium der Republik Moldau abgestimmt.
Begleitung von Verfahren	Durchführung von exemplarischen partizipativen Verfahren mit Behörden und die Auswertung der darin gemachten Erfahrungen zur Verbesserung der Öffentlichkeitsbeteiligung im Umweltschutz in der Republik Moldau	Es wurden zwei Verfahren zur Rüge mangelnder Öffentlichkeitsbeteiligung begleitet: zum einen im Rahmen eines Zulassungsverfahrens für den Bau einer Müllverbrennungsanlage ; zum anderen im Rahmen eines Gesetzgebungsverfahrens für die Änderung des Jagdgesetzes
Studienreise	Studienreise nach Deutschland zur Umsetzung der Aarhus-Konvention für relevante Akteure	Die Studienreise nach Deutschland wurde im Zeitraum 8.-11. November 2010 durchgeführt.

1. Erarbeitung eines abgestimmten Aktionsplans

Die Verabschiedung des Aktionsplanes durch die Regierung der Republik Moldau am 22. Juni 2011 stellt einen großen Erfolg im Bemühen dar, den Zielen der Aarhus-Konvention in der Republik Moldau in den kommenden Jahren mehr Gewicht zu geben. Durch die Beschreibung von Zielen und

die Zuordnung entsprechender Maßnahmen wurde ein Instrument geschaffen, das den Fortschritt der Umsetzung der Aarhus-Konvention in der Republik Moldau auch durch NROs überprüfbar macht.

2. Entwicklung gesetzlicher Instrumente zur Verbesserung des Vollzugs der Aarhus-Konvention

Zu den zwei Säulen der Aarhus-Konvention Zugang zu Umweltinformationen und Öffentlichkeitsbeteiligung wurden aus der Sicht der NROs eigenständige Gesetzesvorschläge erarbeitet und in Konsultationen innerhalb der interministeriellen Arbeitsgruppe beraten. Die Vorschläge der NRO's waren wichtige Impulsgeber für die ministerielle Seite. Viele Vorschläge der NROs wurden in den offiziellen Gesetzesentwürfen berücksichtigt. Zum Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten, der 3. Säule der Aarhus-Konvention, wurden die vorhandenen Regelungen in der Republik Moldau als ausreichend bewertet, sodass für diese Säule kein Gesetzesvorschlag erarbeitet wurde.

3. Begleitung von zwei Verfahren zur Öffentlichkeitsbeteiligung

Zwei beispielhaft begleitete Verfahren zur Rüge mangelnder Öffentlichkeitsbeteiligung zeigten, dass in der Republik Moldau eine partizipative Herangehensweise im Umweltschutz weiterhin nicht selbstverständlich ist, sondern Beteiligung, im Zweifel auch vor Gericht, eingefordert werden muss. Sowohl beim Bau einer Müllverbrennungsanlage als auch beim Gesetzgebungsverfahren zur Novellierung des Jagdgesetzes wurden die formalen Rechte der Bevölkerung sowie den moldauischen NROs zugestanden, streitige Belange aber nicht erschöpfend ausräumt. Im Fall des Baus einer Müllverbrennungsanlage führte dies zu einem Gerichtsverfahren.

4. Studienreise nach Deutschland

Während der Studienreise konnten sich die teilnehmenden Vertreter des moldauischen Umweltministeriums sowie die Vertreter der NROs in acht deutschen Einrichtungen über den Stand der Umsetzung der Aarhus-Konvention in Deutschland informieren sowie die Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und NROs kennenlernen.

5. Weitere Ergebnisse

Ein weiteres Projektergebnis ist, dass die gemeinsame Arbeit in der Arbeitsgruppe ein erstes Beispiel eines konstruktiven Prozesses der Zusammenarbeit zwischen Administration und NROs in der Republik Moldau war.

Nicht gelungen ist die Gewinnung potentieller Förderer für ein Aarhus Center in der Republik Moldau auf dem Side Event der Vertragsstaatenkonferenz. Anders als erhofft, haben sich im Rahmen des Side Events keine entsprechenden Kontaktmöglichkeiten ergeben, da weder Vertreter von ausländischen Stiftungen noch von potenten Organisationen (EU, einzelne Staaten usw.) auf dem Side-Event der Vertragsstaatenkonferenz in Chişinău anwesend waren.

D Evaluation

Regierungsbildung und interministerielle Zusammenarbeit

Die im Projektzeitraum vorherrschende, ungeklärte Regierungssituation verstärkte die in der Republik Moldau seit mehreren Jahren andauernde politische Stagnation, die sich auch auf den Projektverlauf auswirkte. Trotz intensiver Mitarbeit verschiedener Ministeriumsmitarbeiter in der interministeriellen Arbeitsgruppe hat die politische Entwicklung dazu geführt, dass die Ergebnisse der Arbeitsgruppe teilweise nur sehr schleppend den Weg in den politischen Entscheidungsprozess fanden, soweit dieser nicht zwischenzeitlich als solcher zum Erliegen kam. Dies schmälert sicher nicht die Ergebnisse der Arbeitsgruppe, hat den Projekterfolg aber über lange Strecken stark verzögert.

Die komplizierte politische Lage zeigte sich auch mehr oder weniger deutlich während der Vertragsstaatenkonferenz: unterschiedliche moldauische Konferenzteilnehmer erklärten, dass die Folkloredarbietungen zur Eröffnung der Konferenz einseitig die "rumänische" Tradition der Republik Moldaus gezeigt habe und die reichen multiethnischen Traditionen damit "offensiv" ausgeblendet habe. Ebenfalls aus "politischen Gründen" sei entschieden worden, die Vorsitzenden der Vertragsstaatenkonferenz nicht zum offiziellen Empfang des Gastgeberlandes einzuladen. In der Vorbereitung unseres Side Events stand zwischenzeitlich sogar die Möglichkeit im Raum, dass Vertreter des Umweltministeriums den Action Plan im Rahmen der Projektvorstellung präsentieren, was ohne weitere Rücksprache aber nicht mehr aufgegriffen wurde. Auf der Tagesordnung stand dann eine eigenständige Präsentation der moldauischen Entwicklungen hinsichtlich der Umsetzung der Aarhus-Konvention, die jedoch dadurch durcheinandergeriet, dass der zuständige Minister kurzfristig wegen eines Termins in Brüssel nicht erschien.

Evaluationsgespräche mit den Teilnehmern der Arbeitsgruppe

Zur Evaluation des Projekts hat Michael Zschiesche im Rahmen der Vertragsstaatenkonferenz Auswertungsgespräche mit den Teilnehmern und Teilnehmerinnen der Arbeitsgruppe geführt, soweit dies möglich war. Nicht möglich war dies im Fall der beiden Ministeriumsmitarbeiter Inga Podoroghin und Ion Sorchica, die in der Zwischenzeit die Abteilung gewechselt haben.

Pavel Zamfir, Direktor des Ecolex Environmental Public Advocacy Centre, einer moldauischen NRO

Er machte deutlich, dass nur mit Hilfe ausländischer Beobachtung Fortschritte im Bereich der Beteiligung in der Republik Moldau erreichbar seien. Das Projekt selbst empfand er als guten Beitrag zu einem transparenten Vorgehen. Man könne zwar immer noch mehr erreichen, aber immerhin habe eine direkte Verständigung mit Verantwortlichen im Ministerium stattgefunden.

Dr. Rodica Iordanov, Rechtsanwältin mit Spezialisierung im Umweltrecht, NROs EcoContact und Milieukontakt International

Sie gab eine ähnliche Einschätzung wie Pavel Zamfir. Sie erwähnte darüber hinaus, dass die Idee eines Aarhus Centers gut sei und in der Republik Moldau gebraucht werde. Das Fundament der Zusammenarbeit zwischen NROs und Regierung aus dem Projekt könne als Modell auch für die Zusammenarbeit im Aarhus Center dienen.

Andrei Isac, ehem. Geschäftsführer des Regional Environmental Centre Moldova/Local Consultant im UNDP Moldova Project

Andrei Isac hob hervor, dass es in der Republik Moldau eine Handvoll engagierte Experten auf Seiten der NROs – vor allem in der Hauptstadt Chişinău - gebe, man aber auf dem Land noch zu wenig Bescheid wisse über die Ziele der Aarhus-Konvention. Hier würde er sich verstärkende Aktivitäten wünschen. Das Projekt empfindet er als ersten Beitrag zu mehr Demokratie und Transparenz im Umweltschutz in der Republik Moldau.

Ilya Trombitsky, Eco-TIRAS

Ilya Trombitsky schätzte ein, dass dieses Projekt gezielte Maßnahmen auslöste und so mit relativ wenig Geld wirksame Beiträge liefern konnte. Die Schaffung neuer gesetzlicher Voraussetzungen und auch die Umsetzung des Action Plans seien für die Republik Moldau neue Herausforderungen in den nächsten Jahren. Das Projekt habe diese Schritte ermöglicht. Damit habe sich etwas bewegt. Das sei gut.

Rodion Bajureanu, stellvertretender Umweltminister

Wie in seinem Statement auf dem Side Event hob Herr Bajureanu hervor, dass durch das Projekt das Zusammenwirken zwischen Behörden und NROs entwickelt wurde. Das Projekt habe Vertrauen geschaffen, was sich positiv auf die Zusammenarbeit zwischen dem Umweltministerium und der Öffentlichkeit insgesamt in der Republik Moldau auswirke. Er hoffe, dass Deutschland bei der Schaffung eines Aarhus Centers unterstützen könne. Er wünsche sich eine Verstärkung der Zusammenarbeit mit dem deutschen Umweltministerium. Das Projekt schätzte er als erfolgreich ein.

Einschätzung des UfU

Aus Sicht des UfU hat das Projekt enorm von der hohen Professionalität des Projektpartners Eco-TIRAS profitiert, die sich nicht zuletzt darin widerspiegelt, dass es der kleinen Organisation gelang, das ACCC im Fall Moldsilva von der Vertragsverletzung der Republik Moldau zu überzeugen.

Angesichts der verfahrenen politischen Situation, in der sich die Republik Moldau derzeit befindet, sind die Kern-Ergebnisse des Projekts

- im Projektverlauf qualifiziert erarbeiteter und verabschiedeter Aarhus Action Plan
- im Projektverlauf qualifiziert erarbeitete, in den Aarhus Action Plan eingegangene Gesetzesentwürfe

kaum hoch genug einzuschätzen.

Als schwierig erwies sich, dass die politische Situation in der Republik Moldau sehr fragil ist. Dies führt dazu, dass - bei allen Fortschritten - immer wieder mit erheblichen Rückschritten zu rechnen ist.

Die beiden Beispiele für Beteiligungsverfahren zeigen die Herausforderungen der Öffentlichkeitsbeteiligung in der Republik Moldau, aber auch, wie zentral die qualifizierte Arbeit von NROs in diesem Bereich ist. Diese Arbeit konnte das Projekt durch strukturierte und moderierte Arbeitsprozessen bei der Erarbeitung des Konzeptes für den Action Plan und durch die

Gesetzentwürfe maßgeblich unterstützen. Die Veranstaltung des Side Events im Rahmen der Vertragsstaatenkonferenz hat dem enormen Entwicklungsprozess und den Projektergebnissen eine hervorragende Bühne gegeben.

Der Beitrag des Projekts zum Entstehen und zu den Inhalten des Action Plans kann als sehr erheblich eingeschätzt werden. (Zu den jeweiligen Einschätzungen der Projektbeteiligten siehe Punkt D sowie die Einschätzung des stellvertretenden moldauischen Umweltministers unter Punkt B7). Zudem haben sich die Projektpartner mit Erfolg dafür eingesetzt, dass die anderen Ministerien in die Erarbeitung von Vorschlägen zur Umsetzung der Aarhus-Konvention im Rahmen der Arbeitsgruppe einbezogen wurden. Damit hat das Projekt einen maßgeblichen Beitrag dazu geleistet, dass ein Arbeitsgremium entstand, dessen Mitglieder entscheidungsrelevante wie auch erfahrene und sachkompetente Akteure umfassten.

Durch seine Zusammensetzung hat dieses Arbeitsgremium ein qualitatives Ergebnis erreicht, das anders kaum möglich gewesen wäre. Die regelmäßigen Arbeitstreffen mit Beteiligung des deutschen Projektpartners haben dabei erheblich dazu beigetragen, den Entstehungsprozess des Action Plans immer weiter voranzutreiben, was sicher in noch größerem Maße für die Studienreise nach Deutschland gilt.

UfU hat die Diskussion begleitet, Kommentare und Einschätzungen gegeben sowie gesetzestechnisch und rechtstheoretisch mögliche Herangehensweisen dargestellt und den Projektablauf strukturiert. Die regelmäßige Anwesenheit des UfU hat dem Prozess einen formellen Rahmen gegeben, der die fachliche Unterstützung wesentlich erleichtert und insbesondere auch den Prozess aus Sicht der moldauischen Beteiligten in seiner Relevanz erheblich aufgewertet hat.

Berlin, Oktober 2011